

Sie befinden sich hier: [Startseite](#) » [Rathaus](#) » [Archiv](#) » [Gemeinderat](#)

Gemeinderat

GEMEINDERATSSITZUNG VOM 24.02.2015

Artikel vom 30.03.2015

Bericht für das AMTSBLATT KW 10 vom 06. März 2015

Stadt Heubach - Aus der Arbeit des Gemeinderates

Gemeinderatssitzung vom 24. Februar 2015

In der insgesamt fünfstündigen Sitzung vergangener Woche befasste sich der Gemeinderat im öffentlichen Teil mit dem Beschluss des Haushaltsplans 2015, der Einrichtung einer Haushaltsstruktur-Kommission, der Neufassung der Streupflichtsatzung, dem Bebauungsplan „Beurener Straße, 2. Änderung“, der Vorberaterung zur Verbandsversammlung Abwasserzweckverband Lauter-Rems sowie der Stadtkernsanierung III.

Bürgerfragestunde

- Herr Schlumpberger fragte nach der Möglichkeit, einen weiteren **Verkehrsspiegel bei der Unterführung an der Mögglinger Straße** (Höhe Kreisverkehr/Reiterhof) auf der linken Seite des Fuß- und Radwegs in Fahrtrichtung Heubach anzubringen, um gefährliche Situationen bei der Querung von Reitern zu vermeiden. Bürgermeister Brütting sagte zu, dies zu prüfen und in der nächsten Sitzung über das Ergebnis zu berichten.

- Herr Mezger, Pächter der Waldschenke, bedankte sich zum einen für die Schneeräumung durch die Stadt auf der Zufahrt zum Rosenstein - für die er derzeit eine Pauschale von 50 € zahle - , wies aber gleichzeitig auf ein gravierendes Problem auf dem **Pionierweg** hin: Hier sammeln sich in der scharfen Kurve große Wassermengen, was bei der kalten Witterung zu einer gefährlichen Straßenlage führe. Wichtig sei ihm hinsichtlich der Bewirtschaftung der Waldschenke auch der Hinweis an die Öffentlichkeit, dass die Straße im Winter geräumt und die Anfahrt zur Hütte möglich sei. Bürgermeister Brütting sicherte zu, die generelle Frage der Räumung im Verwaltungsausschuss in öffentlicher Sitzung zu besprechen und die Wasserproblematik hinsichtlich einer Lösung mit dem Bauamt zu klären.

Satzungsbeschluss Haushaltsplan 2015 und Wirtschaftsplan 2015

Bürgermeister Brütting betonte einleitend die Wichtigkeit der intensiven Vorberatungen in der Januarsitzung des Gemeinderates sowie vorab innerhalb der Fraktionen. In zahlreichen zielführenden Gesprächen sei es gelungen, ein schwieriges Thema zu bewältigen und am heutigen Tag mit dem Satzungsbeschluss zu Ende zu bringen.

Im Folgenden erläuterte der Vorsitzende den Rahmen und die Schwerpunkte des Haushaltsplans 2015.

Im Verwaltungshaushalt habe man viel vor. Dies betreffe vor allem den Gebäudeunterhalt mit über einer Million Euro, die Finanzierung der Altersteilzeit (309.000 €) und den Bereich der Kinderbetreuung, wo man mit einem Abmangel von 1,89 Millionen Euro nach Abzug der Elternbeiträge und Berücksichtigung der Zuschüsse rechnen müsse. Diese hohe Investition spreche für die Stadt und die hohe Qualität des Betreuungsangebotes. Den Vermögenshaushalt betreffen vor allem die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen, die an allen Heubacher Schulen durchgeführt werden, wobei allein die Generalsanierung des Rosenstein-Gymnasiums mit 1,7 Millionen Euro zu Buche schlage. Mit dem Nachtragshaushalt 2014 habe man die Erschließung des neuen Baugebietes „Jägerstraße II“ finanziert. Zusätzliche Geldbeträge werden für die Realisierung weiterer Bauplätze in Heubach und Lautern notwendig sein. Als weitere wichtige Positionen nannte der Vorsitzende die Stadtkernsanierung III (40.000 €), Investitionen im Bereich des Friedhofs durch Veränderungen im

Bestattungswesen (168.000 €), beim Eigenbetrieb die Sanierung des Daches bei Hangar 3 auf dem Flugplatz (145.000 €) sowie im Bereich Wasser der Anschluss des Teilortes Beuren an die Heubacher Wasserversorgung (400.000 €, Finanzierung zu einem großen Teil aus den Anschlussbeiträgen). Außerdem Investitionen im Fuhrpark (40.000 €) und die Umsetzung der „Versorgung Heubach West“. Rückblickend wies er hier auch auf die GEO Beteiligung (2,6 Millionen Euro), das RÜB IV (1,4 Millionen Euro) sowie die hohe Investition in die Infrastruktur der Gebäude (in den Jahren 2012 – 2014 drei Millionen Euro) hin.

Bürgermeister Brütting stellte fest, dass insgesamt ein „Haushalt der Konsequenz“ vorliege. Begonnene Projekte, wie z.B. die Sanierung des Rosenstein-Gymnasiums oder die Bauarbeiten rund um die neuen REWE/Rossmann Märkte, werden fortgeführt. Man komme in 2015 ohne Steuererhöhungen aus und könne im Bereich der Wasserversorgung sogar mit einer kleinen Entlastung für den Verbraucher punkten. Neue Kredite seien nicht notwendig und auch in 2015 werde man die Schuldenobergrenze einhalten können. Bei 1,3 Millionen Euro geplanter Kreditaufnahme und dem Ziel, von den Schulden herunter zu kommen sei die Einsetzung einer Haushaltsstruktur-Kommission von großer Bedeutung. Er betonte dabei, dass der geplante beratende Ausschuss keine Sparkommission darstelle, sondern für die Erarbeitung struktureller Themen verantwortlich sein solle. Der Vorsitzende dankte nicht nur dem Gremium für die konstruktive Zusammenarbeit, sondern auch den Mitarbeitern der Verwaltung, allen voran Herrn Kiwus.

Auch Kämmerer Thomas Kiwus betonte die beiden langen Monate intensiver Beratung vom Entwurf des Haushaltsplans bis hin zum fertigen Plan. Als wichtigste Kennzahlen nannte er das Gesamtvolumen des Haushaltes mit knapp 29 Millionen Euro, wovon rund 24 Millionen Euro auf den Verwaltungshaushalt und knapp fünf Millionen Euro auf den Vermögenshaushalt entfallen. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen liegt bei rund 1,4 Millionen Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt 1338 € (davon 755 € aus dem Kämmereihaushalt und 583 € aus dem Eigenbetrieb). Die deutliche Erhöhung im Verwaltungshaushalt resultiere aus höheren Abschreibungen aufgrund des neuen Haushaltsrechts sowie internen Verrechnungen. Beim Vermögenshaushalt habe es erhebliche Verschiebungen gegeben. Hier sei das sehr gute Steuerumfeld (Mehreinnahmen in Höhe von 300.000 €) zu nennen; allerdings befinde sich die Gewerbesteuer auf dem Zenit und es sei zu erwarten, dass sich die Zahlen in Zukunft relativieren. Die Personalkosten steigen aufgrund eines zusätzlichen Waldarbeiters sowie des Schulsozialarbeiters in der Realschule. Im Gesamtpaket habe man dennoch rund 100.000 € weniger an Ausgaben zu verzeichnen; verschiedene Positionen neutralisieren sich.

Zu den rund 3,4 Millionen Euro Gesamtvolumen des Wirtschaftsplans erklärte Herr Kiwus im Hinblick auf die GEO-Beteiligung, dass der Anteil Heubachs nicht ausreiche, um die Finanzierung aufzuwiegen bzw. auszugleichen und daher ein Verlust im laufenden Betrieb ausgewiesen werde. Noch offen sei, ob das Dach des Hangars 3 am Flugplatz als Investition (Kreditaufnahme) oder Unterhaltungsmaßnahme behandelt werde. Dabei gehe es ausschließlich um ein steuerrechtliches Rechenmodell; man werde den für die Stadt Heubach vorteilhaftesten Weg wählen.

In den anschließenden Stellungnahmen der Fraktionen sprachen alle Redner ihren Dank an die Verwaltung und vor allem an die Kämmerei für die Erstellung des umfangreichen Zahlenwerks für 2015 aus. Einig war man sich im Gremium auch darüber, über die noch einzurichtende Haushaltsstruktur-Kommission Verbesserungspotenzial für die Jahre 2017 und 2018 erarbeiten zu wollen.

StR Thomas Abele (CDU) stellte fest, dass sich der Haushaltsplan 2015 wie im Januar vorbereiten präsentiere. Im Vergleich zum Entwurf sehen sowohl Zuführungsrate als auch Pro-Kopf-Verschuldung gut aus, allerdings habe man Dinge geschoben und reduziert, um den Haushaltsplan so darstellen zu können. Eine Herausforderung für die mittelfristige Finanzplanung ergebe sich durch die Prognose für das Jahr 2018 mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.600 €. Er hoffe, mit guter Disziplin auch 2015 besser als geplant abschließen zu können und appellierte an Verwaltung und Gremium, kontinuierlich am Thema zu bleiben. Eine wichtige Einrichtung sei daher die Haushaltsstruktur-Kommission, um die richtigen Themen zu identifizieren. Als positiv nannte StR Abele die Weiterentwicklung in der Baulandpolitik; dennoch solle man sich hier auch Gedanken über die Ansiedelung von Gewerbe machen. Außerdem die Investitionen in den Bereichen Instandhaltung und Erneuerung von Infrastruktur, die mit einer Million Euro zwar unter den Ausgaben von 2014, aber höher als in den Jahren zuvor liegen. Insgesamt sei der Haushalt „akzeptabel“, vor allem werde die Haushaltsdisziplin eingehalten.

StR Erich Blum (UB) war der Meinung, dass man es „gerade noch so geschafft“ habe und man dank des guten gesamtwirtschaftlichen Klimas sowie der höheren Zuweisungen von Bund und Land einige Kosten habe auffangen können. Diesbezüglich habe man „Glück gehabt“. Als problematisch bezeichnete er das nach wie vor geringe eigene Steueraufkommen der Stadt und stellte außerdem fest, dass die Schuldentilgung Investitionskraft nehme. Eine positive Entwicklung sieht auch er in der Baulandpolitik und den Einnahmen durch ausstehende Erschließungskosten. Wie zuvor StR Abele, ist StR Blum der Auffassung, dass die Pro-Kopf-Verschuldung, die in der mittelfristigen Prognose deutlich über 1.400 € steige, Thema der Haushaltsstruktur-Kommission sein müsse.

StR Karl Grötzing (BL) schloss sich inhaltlich seinen Vorrednern an. Er stellte fest, dass alle Vorschläge und Anträge aus den Haushaltsvorberatungen eingearbeitet worden seien. Obwohl viele Zahlen besser als noch zu Jahresbeginn aussehen, sei die finanzielle Situation angespannt und es bleibe wenig Spielraum. Größere Sorgen als der aktuelle Haushalt bereite ihm die mittelfristige Finanzplanung. Hier müsse man sehen, wo Einsparungen möglich seien – auch seines Erachtens ein Thema des neuen beratenden Ausschusses.

StR Günther Lux (SPD) betonte, dass man beim „Verschiebebahnhof Haushaltsplan“ mit „einem blauen Auge davon gekommen sei“ und die Stadt sich auch in Zukunft erfinderisch beim Haushalten zeigen müsse. Man müsse sich jederzeit im gesteckten Rahmen bewegen. Besonders wichtig sei seines Erachtens, die Gebühren und Abmängel (hier v.a. den Flugplatz betreffend) unter Kontrolle zu halten. Dafür sei auch die Einrichtung der Haushaltsstruktur-Kommission von Bedeutung. Er warnte vor dem Versuch, den Haushalt durch die Baulandpolitik zu konsolidieren sowie vor einem weiteren Nachtragshaushalt.

Nach ausführlichem Meinungs austausch beschloss der Gemeinderat **einstimmig** die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2015, die mittelfristige Finanzplanung 2016 - 2018 sowie den Wirtschaftsplan 2015.

Einrichtung einer Haushaltsstruktur-Kommission

Bürgermeister Frederick Brütting erklärte, dass die Idee der Einrichtung einer Haushaltsstruktur-Kommission Ergebnis der Klausurtagung des Gemeinderates im November vergangenen Jahres sei. Die Kommission solle als beratender Ausschuss in Fragen des städtischen Haushaltes etabliert werden, eine jährliche Prioritätenliste festlegen und Schwerpunktthemen aufarbeiten. Der Ausschuss sei zunächst auf zwei Jahre angelegt und werde mindestens vierteljährlich tagen. Mögliche Themenbereiche für das Gremium seien z.B. die öffentliche Infrastruktur bzw. öffentliche Einrichtungen (Zustandsbewertung, Feststellung von Sanierungsbedarf, Nutzung etc.), Energiemanagement (u.a. Energieverbrauch und mögliche Einsparpotenziale der Liegenschaften, Straßenbeleuchtungskonzeption) sowie kommunale Einnahmen (Gebührenhaushalte, Mieten und Pachten, kommunaler Finanzausgleich) und Personalentwicklung.

Das Gremium folgte **einstimmig** dem Beschlussvorschlag der Verwaltung und stimmte der Einrichtung eines beratenden Ausschusses „Haushaltsstruktur-Kommission“ zu. Die neue Kommission setzt sich aus acht Mitgliedern zusammen: Dominik Frey, Roland Hegele und Thomas Abele (CDU), Bernhard Deininger und Erich Blum (UB) sowie Wolfgang Bittermann und Karl Grötzing (BL) und Günther Lux (SPD). Zusätzlich zu den ordentlichen Mitgliedern wurden von jeder Fraktion Stellvertreter benannt.

Neufassung der Satzung über die Verpflichtung zum Reinigen, Schneeräumen und Bestreuen des Gehwegs (Streupflichtsatzung)

Die aus dem Jahr 1989 stammende derzeit geltende Satzung bedarf nach 26 Jahren einer Aktualisierung, die entsprechend der Mustersatzung des Gemeindetages erfolgen soll. Frau Susanne Martin vom Ordnungsamt erklärte, dass es sich hier vor allem um redaktionelle Änderungen aufgrund inzwischen geänderter Rechtsprechung handle. Bürgermeister Brütting wies ergänzend darauf hin, dass im Stadtgebiet - anders als zum Teil in anderen Gemeinden - noch alle Straßen geräumt würden. Die Rechte und Pflichten der Bürger sollen durch eine Veröffentlichung der neuen Satzung mit entsprechenden Erläuterungen im Amtsblatt bekannt gemacht werden.

Die vorgeschlagenen Änderungen umfassen im Wesentlichen die Ausdehnung der zu räumenden Gehwegbreite auf 1,20 m, die Verpflichtung zur Räumung für Besitzer zurückgesetzter Grundstücke („Hinterlieger“), die Reinigungspflicht für Baumscheiben, die sparsame Verwendung von Streusalz (bislang nicht erlaubt), die Differenzierung der Schneeräumzeiten nach Werktagen, Samstagen, Sonn- und Feiertagen (Montags bis freitags bis 7 Uhr, samstags bis 8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen bis 9 Uhr; die Räumpflicht endet um 21 Uhr) sowie die Anpassung der Ordnungsgelder an Eurobeträge.

Den Ausführungen konnte der Gemeinderat bis auf die zu räumende Gehwegbreite von 1,20 m folgen und beschloss nach eingehender Erörterung **einstimmig** die von der Verwaltung vorgeschlagene Neufassung der Satzung über die Verpflichtung zum Reinigen, Schneeräumen und Bestreuen des Gehwegs. Die zu räumende Breite der Gehwege bleibt aufgrund vieler im Stadtgebiet vorhandener schmaler Gehwege und der daraus resultierenden Praktikabilität bei 1 m.

StRätin Ellen Renz (CDU) und StR Karl Grötzing (BL) appellierten abschließend an die Bevölkerung, sich bei der Schneeräumung entsprechend einzubringen und so zu einem harmonischen Ablauf beizutragen. StR Günther Lux (SPD) regte darüber hinaus an, ein Falblatt an alle Haushalte zu verteilen.

Bebauungsplan „Beurener Straße, 2. Änderung“

Bürgermeister Brütting wies einleitend darauf hin, dass die Thematik bereits in nicht öffentlicher Sitzung im Bauausschuss vorbereitet worden sei; eine Empfehlung an den Gemeinderat sei dabei nicht ausgesprochen worden.

VG-Bauamtsleiter Eberhard Gayer stellte dem Gremium den Sachverhalt vor und erklärte, dass eine Anfrage bei der Stadtverwaltung im Herbst vergangenen Jahres bezüglich einer weiteren Bebauung am Ende der Beurener Straße eine erneute Diskussion über die städtebauliche Entwicklung in diesem Bereich ausgelöst habe. Das dem Gemeinderat in 2007 nach längerer Vorgeschichte vorgestellte Gesamtkonzept mit einer Verbindung zur Riedstraße als wesentlichem Element habe im Gremium damals keine Mehrheit gefunden und sei dementsprechend nicht umgesetzt worden; es sollte weiterhin „dort, wo Bauwunsch besteht“, im Einzelfall entschieden werden. Der auf Wunsch des Bauausschusses aufgrund der schwierigen Topographie des potenziellen Bauplatzes angefertigte Geländeschnitt zeige die Notwendigkeit eines zweiten Untergeschosses, entsprechender talseitiger Auffüllungen sowie einer Abwasserhebeanlage bei einer Bebauung. Herr Gayer wies ausdrücklich darauf hin, dass die Probleme bestehen, jedoch lösbar seien; in jeder Topographie könne gebaut werden, wenngleich mit erhöhtem Aufwand und höheren Kosten.

Während Bürgermeister Frederick Brütting aus seiner eigenen Einschätzung mehr Vorteile (weiterer Bauplatz, mehr Wohnraum, einfache Erschließung, Schaffen einer klaren Grenze zwischen bebautem Bereich und Außenbereich) als Nachteile (schwierigere Bebauung aufgrund der Topographie, Nähe zur Böschung des Mühlkanals, Eingriff in den Außenbereich) als Argumente anführen konnte, äußerte StR Roland Hegele (CDU) starke Bedenken. Es handle sich um ein sehr sensibles Gebiet; der Ortsrand habe eine hohe Wertigkeit und sowohl der Philosophenweg als auch das Beurener Bächle seien „als Institutionen“ in Heubach zu sehen. Die Topographie erlaube aus seiner Sicht keine Bebauung an dieser Stelle, ohne einen massiven Eingriff in den Charakter der Landschaft vorzunehmen. Dem schloss sich StR Günther Lux (SPD) vorbehaltlos an und stellte fest, dass das Gremium auch eine „gestalterische Verpflichtung“ habe. StR Gerhard Kuhn (UB) hingegen war der Meinung, dass man damit nicht weiter in den Außenbereich gehe als bisher und befürwortete die Möglichkeit eines einheitlichen Abschlusses in der Beurener Straße. Das Gebäude müsse sich lediglich in die Umgebung einfügen. StR Alexander Wahl (CDU) ergänzte, dass die Bebauung und damit der Abstand zu Philosophenweg und Beurener Bächle über die Festlegung des Baufensters zu regeln seien.

Nach ausgiebiger Diskussion entschied sich der Gemeinderat **mehrheitlich mit acht Gegenstimmen und zwei Enthaltungen**, für die Aufstellung des Bebauungsplans „Beurener Straße, 2. Änderung“.

Vorberatung der Verbandsversammlung Abwasserzweckverband Lauter-Rems

Für die nächste Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbands am 03.03.2015 waren wieder Vorberatungen notwendig, um den Heubacher Mitgliedern der Versammlung einen entsprechenden Abstimmungsauftrag mitzugeben.

Bürgermeister Brütting begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer des Abwasserzweckverbands Bernd Schweizer, der dem Gremium zunächst den **Vergabevorschlag für die Gewerke „Bauarbeiten“ und „Mechanische Reinigung“** im Rahmen des Ausbaus der Kläranlage Lauter-Rems vorstellte. Unter den eingegangenen Angeboten spreche man eine Empfehlung für den jeweils günstigsten Anbieter aus: Für das Gewerk „Bauarbeiten“ für die Firma Hans Fuchs aus Ellwangen mit einem Angebotspreis von 2.376.941,89 € und für das Gewerk „Mechanische Reinigung“ für die Firma Kuhn aus Höpfigen mit einem Angebotspreis von 98.182,82 €. Bei einem Gesamtvergabevolumen von 2.475.124,71 € liege man rund 210.000 € unter der ursprünglichen Kostenberechnung.

Zum **Haushaltsplan 2015** erklärte Herr Schweizer, dass der Abschluss des Haushaltes 2014 besser ausgefallen sei als geplant. Die erzielten Überschüsse werden der Rücklage zugeführt und für die weitere Finanzierung der Erweiterung der Kläranlage verwendet. Der Haushalt 2015 habe ein Gesamtvolumen von rund 3,8 Millionen Euro, wovon ca. eine Million Euro auf den Verwaltungshaushalt und rund 2,8 Millionen Euro auf den Vermögenshaushalt entfallen. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen liege bei 2,5 Millionen Euro. Die Betriebskostenumlage bewege sich mit rund 775.000 € im Rahmen der letzten Jahre; der Anteil Heubachs betrage ca. 300.000 €. Für Investitionsmaßnahmen seien in 2015 281.000 € vorgesehen; die Investitionsumlage liege abzüglich der Rücklageentnahme bei 31.000 € (Anteil Heubach rd. 12.000 €). Herr Schweizer informierte darüber, dass Darlehenszusagen der KfW vorliegen: eine über 1,5 Millionen Euro aus dem Programm 201 zu einem Zinssatz von 0,1 % und eine weitere über 1 Million Euro aus dem Programm 208 zu einem Zinssatz von 0,6 %. Die Kreditfinanzierung sei sehr günstig. Mit einer 30-jährigen Laufzeit und beginnender Tilgung nach zwei Jahren können die Tilgungsbeiträge über die Abschreibungen finanziert werden.

Der Gemeinderat fasste **einstimmig** den Beschluss, die Vertreter in der Verbandsversammlung damit zu beauftragen, dem Haushaltsplan und dem Vergabevorschlag zuzustimmen.

Vergabe Antrag Stadtkernsanierung III - „Soziale Stadt“

Stadtbaumeisterin Ulrike Holl stellte fest, dass sich aus dem Sanierungsprogramm „Postplatz und Umgebung“ zwischen 2005 und 2014 im Stadtgebiet einige positive Veränderungen entwickelt haben. Um dies fortzuführen, solle die Innenentwicklung Heubachs möglichst rasch in ein Anschlussprogramm übergeleitet werden. Hierzu schlägt die Verwaltung das Bund-Länder-Förderprogramm „Soziale Stadt“ vor, wofür bis Ende September ein entsprechender Antrag beim Regierungspräsidium gestellt werden müsse. Grundvoraussetzung zur Aufnahme in das Programm sei die Ausarbeitung eines gesamtstädtischen Entwicklungskonzeptes sowie eines integrierten, gebietsbezogenen Konzeptes für die Antragstellung. Ziel dabei sei es, die zentralen Handlungsfelder der Stadt für die Zukunft zu definieren und Entscheidungen über strukturelle, funktionale, städtebauliche und bauliche Entwicklungsbereiche und Maßnahmen vorzubereiten. Hier habe die Stadt mit dem Einzelhandelskonzept, dem Konzept zur Innenentwicklung, dem Arbeitskreis Prävention, dem Runden Tisch Pflege, der Schulentwicklungsplanung sowie der Zukunfts- und Bilanzwerkstatt bereits einige Vorarbeiten geleistet. Bei der weiteren Planung stehen die nachhaltige Entwicklung sowie die Mitgestaltung durch die Bürgerschaft im Fokus. Die Laufzeit des Förderprogramms erstreckte sich über einen Zeitraum von acht Jahren, wobei Maßnahmen mit 60% der Gesamtinvestition gefördert werden. Es werden insgesamt 126,9 Millionen Euro Landes- und ca. 60 Millionen Euro Bundesfinanzhilfen zur Verfügung gestellt, die vor allem für Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von benachteiligten Gebieten/Quartieren eingesetzt werden sollen.

Bürgermeister Brütting wies abschließend darauf hin, dass dies derzeit das einzige Programm sei, über das die Stadt noch an Fördermittel kommen könne.

Der Gemeinderat folgte **einstimmig** dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, die Planungsleistungen für das gesamtstädtische Entwicklungskonzept sowie das daraus zu entwickelnde gebietsbezogene, integrierte Konzept und die Antragsstellung an Wolfgang Stark, Stark-Architektur & Consulting in Nördlingen zu einem Pauschalhonorar von 29.750 € brutto zu vergeben.

Bekanntgaben und Sonstiges

- Bürgermeister Brütting informierte über die **Planungsfreigabe für die Nordrandstraße** von Seiten des Verkehrsministeriums, worüber in der Presse bereits berichtet wurde. Dies sei besonders für die Anlieger der Mögglinger Straße und der Gmünder Straße eine wichtige Zusage.

- Der Vorsitzende teilte außerdem mit, dass die Kommunalaufsicht des Landratsamts Ostalbkreis mit Schreiben vom 16.02.2015 bestätigt hat, dass das Prüfungsverfahren hinsichtlich der **„Allgemeinen Finanzprüfung der Stadt Heubach und des Eigenbetriebs Wasserversorgung und Flugplatz 2008 - 2011“** abgeschlossen sei.

- StR Dominik Frey (CDU) fragte nach dem Stand der Dinge hinsichtlich der **Fragebogenaktion „Ehrenamtliche Hilfe für Flüchtlinge in Heubach“**. Bürgermeister Brütting informierte, dass zehn bis zwölf Rückmeldungen mit der Bereitschaft zur Mithilfe eingegangen seien. Es werde hierzu ein Treffen geben, das öffentlich angekündigt werde.

- StRätin Ellen Renz (CDU) gab Vorschläge aus einem Gespräch mit Damen der Evangelischen Erwachsenenbildung weiter. Zum einen wurde die Einrichtung einer **Ehrenamtsbörse** angeregt, zum anderen vorgeschlagen, die **Hundekotbeutel in Leuchtfarben** bereitzustellen, um die Hemmschwelle, diese einfach in der Landschaft zu entsorgen, zu erhöhen. Bürgermeister Brütting sagte zu, letzteres zu prüfen.